Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

08.05.1987 - Drucksache 11/951

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/951
08. 05. 87

Antrag der Fraktion der CDU

Umgehende Vorlage eines umweltfreundlichen Abfallwirtschaftskonzepts für das Land Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, rechtzeitig zur Bürgerschaftssitzung Ende Juni 1987 ein umweltfreundliches Abfallwirtschaftskonzept für das Land Bremen vorzulegen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß dieses Abfallwirtschaftskonzept unter anderem folgende Punkte berücksichtigt:

1. Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -wiederverwertung müssen, unter der Berücksichtigung der Entsorgungssicherheit für die Bevölkerung, grundsätzlich Vorrang vor der umweltgerechten Beseitigung erhalten.

2. Maßnahmen zur verstärkten Abfallwiederverwertung sind nach dem Prinzip der Freiwilligkeit beziehungsweise Partnerschaft auszurichten. Dies muß sowohl für die Beteiligung der Bürger als auch für das Zusammenwirken kommunaler und privater Recycling-Unternehmen gelten.

3. Bei der Durchführung von Abfallwiederverwertungsplänen sind Unternehmen der Recycling-Wirtschaft zu beteiligen, damit das vorhandene Know how und die Möglichkeiten von Drittmittelförderungen genutzt werden können.

4. Durch entsprechende rechtliche Änderungen ist sicherzustellen, daß Bürger, die sich bei der Abfallbeseitigung umweltgerecht verhalten, durch die Gebühren weniger stark belastet werden. Die bisherige Regelung mit dem Müllmindestgefäßvolumen ist aufzuheben. Müllgebühren sind nach dem Verursacherprinzip zu erheben.

5. Das vorhandene Container-System für Altglas und Altpapier ist auszuweiten und zu ergänzen.

6. Die Müllverbrennung in Bremen und Bremerhaven ist weitestgehend zu reduzieren und möglichst auf die MBA in Bremerhaven zu begrenzen. Für den Fall, daß kurzfristig auf die Müllverbrennungsanlage in Bremen nicht verzichtet werden kann, ist eine Rauchgasreinigung für die geringst notwendige Verbrennungskapazität zu installieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur Vorlage des Abfallwirtschaftskonzepts keine weiteren Verpflichtungen in bezug auf die bisher geplante Rauchgasreinigungsanlage bei der MVA Bremen einzugehen.

Niederbremer, Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Anker-Druck Bremen